

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	68 (1989)
Heft:	4
Artikel:	"Schweiz ohne Armee" : eine einmalige Gelegenheit : Notizen aus dem WK 1989
Autor:	Rechsteiner, Rudolf
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340728

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Notizen aus dem WK 1989

Von Rudolf Rechsteiner

Soeben aus dem WK zurückgekehrt. Dort ist mir Seltsames widerfahren. Mit «Grüezi Herr Rechsteiner» begrüsste mich der Kommandant. Ich traute meinen Ohren nicht. Solche Höflichkeit hatte ich während zehn Jahren Militär noch nie gehört. (Sonst hieß das «Istoo – richte – Achtung»!) Vieles war angenehmer als sonst: Weniger Schikanen, weniger Übungen, fast jeden Abend Ausgang (früher 2- bis 3mal die Woche), mehr Urlaub (z.B. ein obligatorischer Urlaustag zur Kompensation der Sonntagswache), Abtreten für die meisten schon am Freitag statt am Samstag – Dinge, die vor Jahren vom Soldatenkomitee vergeblich gefordert wurden, waren plötzlich Wirklichkeit.

Unter uns waren wir von links bis rechts einig: Offenbar ein organisiertes Manöver der Armeeführung zur Einstimmung auf die kommende Abstimmung über die Abschaffung der Armee. Diese Initiative ist unter Soldaten wider Erwarten populär und wurde häufig (und ohne Angst) diskutiert. Nur von den Offizieren hörte man gar rein nichts zum Thema. Es blieb bei den üblichen Strategiespielen («Rot greift an»). Grundsatzdiskussionen wurde wie seit eh und je mit einem unausgesprochenen Sprechverbot begegnet.

Aus dem Erlebten folgere ich, dass die Militärs offenbar recht grosse Angst vor der GSoA-Initiative haben. Das gleiche gilt wohl auch für jene bürgerlichen Parteien, die die Sozialdemokraten stark unter Druck setzen. Statt den demokratischen Parteitag der SPS abzuwarten, schreibt die «NZZ» schon heute, die selbständige Entscheidung der SP sei

«unredlich und wenig verantwortungsbewusst». Die «NZZ» möchte, dass die SP dem «sicherheitspolitisch geradlinigen Kurs der beiden sozialdemokratischen Bundesräte folgt».

Am deutlichsten ausgedrückt hat sich der Zürcher Nationalrat Christoph Blocher, der die SPS am liebsten heute schon aus der Regierung ausschliessen möchte. Es ist der gleiche Blocher, der mit viel Geld von der Industrie und von den Banken als Exponent der Arbeitsgemeinschaft Schweiz-Südafrika die Zusammenarbeit mit Rassisten und Mörfern ausbauen will, während fast die ganze Welt versucht, die Apartheid durch Boykott zu beseitigen. Blocher (SVP) und mit ihm FDP und CVP, die noch so gern von der Kopp-Krise abgelenkt haben, wollen die SP offensichtlich einschüchtern. Die Genossen und Genossinnen sollen ihren Beschluss unter Druck und nicht in der frischen Luft der Demokratie fassen. Anstelle einer Diskussion über die Armee tritt schiere Angstmacherei gegenüber der politischen Minderheit im Land.

Zweifelhafte historische Erfahrungen

Dabei wäre es doch sehr fruchtbar, wieder einmal über die Schweizer Armee zu reden. Ich möchte dazu aus meiner Sicht sieben Thesen formulieren:

1. Wenn man zurückblickt und beobachtet, wie z.B.
 - General Wille mit dem Deutschen Reich,
 - das Rechtsbürgertum mit Hitlerdeutschland und
 - Christoph Blocher und Konsorten mit Südafrika und ande-

ren autoritären Regimes sympathisieren oder sympathisiert haben, so muss man historisch davon ausgehen, dass vielen Offizieren Macht und Karriere wichtiger sind als die Erhaltung und Förderung der Demokratie. Wer heute für die Zusammenarbeit mit Südafrika eintritt, hätte im Falle einer Besetzung oder Bedrohung der Schweiz auch weniger Mühe, mit anderen faschistischen oder totalitären Mächten zu kollaborieren. Die historisch erwiesene Einseitigkeit der Armeespitze (und des Bundesrates) macht Angst – die Neutralität wird letztlich nicht mehr glaubwürdig.

2. Die Armee als solche geht nach wie vor von einem einseitigen Feindbild aus («Rot greift an»), welches dem wirklichen Gefahrenbild höchstens teilweise gerecht wird. Das EMD hat es zugelassen, dass in der Schweiz Atomkraftwerke gebaut werden – und jetzt haben wir sicherheitspolitisch eine «5. Kolonne» in Leibstadt, Gösgen, Beznau, Würenlingen usw., die jederzeit, und erst recht bei Krieg oder Terror verheerende Auswirkungen haben könnte. Die Armee hat ihre Schutzfunktion vernachlässigt. Es ist bezeichnend, dass Blocher und die Angstmacher für eine starke Armee gleichzeitig Energiespargesetze für den Ausstieg aus der Atomenergie mit viel Geld bekämpfen.

3. Nach wie vor ist die Armee auch für den Einsatz im Innern vorgesehen. Prädestinierte Opfer der Armee sind Minderheiten, die am stärksten auf eine offene Demokratie angewiesen sind. Ihnen steht ein Offizierskorps gegenüber, das an Macht-, Karriere- und Wirtschaftsinteressen

orientiert ist. Auch in Kaiseraugst wollten diese Kräfte die Armee einsetzen.

4. Mit der schweizerischen Neutralität ist es leider auch nicht so weit her. Völlig verfehlt bleibt, dass die Armee-Exponenten (Däniker usw.) die atomare Aufrüstung der Nato (Pershings, Cruise-Missiles usw.) unterstützt haben. Raketen sind Magneten: die Atomwaffen in Mitteleuropa (und damit in unserer nächsten Umgebung!) sind Angriffsziele erster Güte und begünstigen den atomaren Holocaust, der auch unser Land nicht verschont – oder hat die Armeespitze darauf eine Antwort?

5. Zur strengen Neutralität würden auch defensive Waffen gehören. Mit der Beschaffung von solch offensiven Geräten wie Leopard-Panzern oder F-18-Flugzeugen wird die strenge Beschränkung auf eine reine Verteidigungsarmee verletzt. Statt auf die Abrüstungsbemühungen Gorbatschows mit eigener Nicht-Offensivität (z.B. Verzicht auf die F-18-Flugzeuge für 3,5 Milliarden Franken) entspannend zu wirken, fällt dem Freisinn zum Thema Perestrojka nichts Ge-

scheiteres ein, als Gorbatschow zu den Zürcher Musikfestwochen einzuladen.

6. Die Schweiz gehört international in vielen Fragen zu den «Hardlinern» und vertritt ihre Wirtschaftsinteressen zum Teil noch aggressiver als die Supermacht USA. Statt kleinen, von Supermächten bedrohten Ländern zu helfen, stellen sich bürgerliche Chefbeamte (wie kürzlich Botschafter Jacobi) und die Wirtschaftsverbände opportunistisch auf die Seite der Unterdrücker. Auch heute gibt es Parallelen zum weitverbreiteten Fröntlertum und der Zusammenarbeit mit Hitler.

7. Seit Jahren verhindern die bürgerlichen Parteien ein Friedensforschungsinstitut, also ein unabhängiges universitäres Gremium, das über Frieden, Sicherheit und Konfliktlösung wissenschaftlich forscht. Es ist offenbar immer noch sehr wichtig, dass das Thema Armee tabu bleibt.

Für eine offene Diskussion

Wahrscheinlich ist es heute für die Schweiz noch zu früh, auf eine organisierte Selbstverteidi-

gung ganz zu verzichten. Gewisse Elemente der Armee (Kriegsvorsorge, Luftschutz, Milizcharakter) mögen innerhalb einer sehr defensiven Doktrin positiv sein. Es gibt trotzdem zahlreiche ehrenwerte Gründe, gegenüber der Armee eine skeptische Haltung einzunehmen. Von innen kann man die Armee nicht verändern. Mit der kommenden Abstimmung ergibt sich eine einmalige Gelegenheit, zur Sicherheitspolitik Stellung zu nehmen. Wichtig dabei ist, dass sich die SP nicht einschüchtern lässt. Da die Initiative ohnehin keine Chance hat, werden zahlreiche Leute im kommenden Herbst ja stimmen, um ihren Unmut über die vielfältigen Mängel der Armee – z.B. auch gegen die zahlreichen völlig unnötigen Schikanen für die Soldaten – auszudrücken. Es ist zu wünschen, dass diese Initiative einen hohen Ja-Stimmen-Anteil erreicht. Falls nun endlich über die zweifelhaften Aspekte der Armee diskutiert wird und die SP ihren Standpunkt differenziert klarmachen kann, ist der Zweck der Initiative realistischerweise erfüllt. Die Frage der Parteiparole wird dabei nebensächlich.

Auf den politischen Gegner ist Verlass

Ein begründeter Standpunkt

Von Roland Stark

Auf die politischen und publizistischen Gegner der Sozialdemokratie ist allemal Verlass. Auf bestimmte Stichwörter reagieren sie wie der Pawlowsche Hund auf das berühmte Glöcklein. Fällt das Wort «Bodenrechtsreform», er tönt das Echo «Verstaatlichung», «Zerstörung des Privateigentums». Auf die Forderung «Arbeitszeitverkürzung» kommt sofort die Reaktion «Untergang der Wirtschaft», «Ruin der Exportindustrie», «schärfere Umweltge-

setze» rufen direkt nach dem Vorwurf «Staatsdirigismus», «Einschränkung der Selbstverantwortung», die «Lockierung des Bankgeheimnisses» ziehe selbstverständlich die «Schwächung des Finanzplatzes Schweiz» nach sich. Besonders allergisch reagieren das Bürgertum und ihre journalistischen Hilfstruppen aber beim Stichwort «Armee». Dabei spielen Ausmass und Art der Forderung keine Rolle: ob Rüstungsreferen-

dum, Zivildienst, Einschränkung der Waffenausfuhr, Verbot des Militäreinsatzes im Innern – in jedem Fall weht ein Hauch von Landesverrat über der Schweiz, wenn sich die SP zu Armeefragen äussert.

So kann es niemand wundern, dass anlässlich der Diskussion über die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» die eidgenössischen Patrioten – heimliche und unheimliche –